

Grundrechte konkret!

Ein kritisches grünes NEIN zu Schengen/Dublin

Argumente aus GRÜNER Sicht
DV GRÜNE Schweiz 16.4.2005

Sicherheit kann gefährlich sein Libérale Grundsätze ernstnehmen!

Die aktuelle Schengen/Dublin-Debatte findet bei den Grünen hauptsächlich im europapolitischen Kontext statt. Das müsste nicht zwingend so sein: war doch der Beitritt zu Schengen/Dublin starker Wunsch der Schweiz, nicht der EU.

Notwendig wäre es vielmehr, dass die Grünen aus liberaler Perspektive die aktuelle Debatte um Innere Sicherheit, um immer neue Schnüffellizenzen und weitere Ausdehnung sogenannt präventiver polizeilicher Kompetenzen grundsätzlich hinterfragen, in deren Kontext auch Schengen/Dublin steht.

Seit dem 11. September braucht sich die Entwicklung vom Rechts- zum Sicherheitsstaat nicht einmal mehr zu verstecken. Eine rasant wachsende DNA-Datenbank steht seit Anfang 2005 auch auf gesetzlicher Grundlage. Rayonverbote und Wegweisungsartikel für AusländerInnen und SchweizerInnen schränken die Bewegungsfreiheit ein. Präventive polizeiliche Kesseltaktiken treffen GlobalisierungskritikerInnen und Fussballfans gleichermaßen. Und das Unwort des Jahrzehnts heisst „Missbrauch“. In allen Feldern bildet der Missbrauchsdiskurs das Scharnier zwischen der „linken“ Forderung nach sozialer Sicherheit und „rechtem“ Kon-

troll- und Ausgrenzungsbedürfnis.

Systematisch untergraben werden so grundlegende Prinzipien des liberalen Rechtsstaats wie die Unschuldsvermutung, der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf persönliche Freiheit, das Prinzip der Rechtsgleichheit und das Willkürverbot.

Die Grünen müssen diesen liberalen Grundsätze auch bei der anstehenden Entscheidung zu Schengen/Dublin das notwendige Gewicht geben. Denn – provokativ formuliert – noch vor oder zumindest gleichrangig mit der ebenfalls drängenden Herausforderung, eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu gestalten, müsste in der aktuellen politischen Situation für die GRÜNEN als Grundrechtspartei die kompromisslose Rückeroberung der „alten“ bürgerlichen Freiheiten auf der politischen Traktandenliste stehen. Ohne diese Freiheiten ist jede Perspektive eines demokratischen Wandels versperrt. Wir GRÜNEN dürfen uns nicht der modischen Doktrin des Staatsschutzes verpflichten, sondern müssen einstehen für den Schutz des Individuums und seiner Rechte vor dem Machtanspruch des Staates.

*Balthasar Glättli,
Ko-Präsident Grüne Zürich*

Ja zu den Bilateralen II – Nein zu Schengen

Wer Macht will, macht zuerst mal Angst. Dann liefert er das Rezept: seine starken Muskeln. Seit dem 9/11-Vorfall wird die Bevölkerung mit der Angst vor Terror und Verbrechen eingeschüchtert. So



ist der Weg frei für einen totalen Staatsschutz. Die EU baut innen Grenzen ab, zieht sie dafür aussen hoch. Jeder Nicht-EU-Bürger ist eine Gefahr. Wer es trotz allem in die EU schafft, wird mit dem Dubliner Erstasylabkommen abgewehrt. Die EU gedeiht, derweil Millionen auf der südlichen Hemisphäre auf der Flucht sind. Die Mächtigen stört es nicht. Sie sorgen dafür, dass die letzten Ölquellen noch fließen. Die Millenniumsziele gegen Armut sind aber nicht ohne Verzicht erreichbar (www.un.org/millennium-goals). Dieses Versprechen muss unser Ziel sein und nicht Schengen/Dublin.

Geri Müller, NR Grüne AG

Nein zur EU-Repressionspolitik

Nein zu Schengen/Dublin

von Margrith von Felten*

Innere Sicherheit und die Bewältigung der „Migrationsströme“: Das sei der Zweck des Schengen/Dublin-Abkommens. In Wirklichkeit wird die Festung Europa perfektioniert. Es wird dafür gesorgt, dass sich das reiche Europa gegen Menschen aus ärmeren Teilen dieser Welt abschotten kann. Schengen/Dublin realisiert EU-Abschottungspolitik. Die Politik von Blocher und Schily, von Blair und Sarkozy ist gefährlich – nicht nur für MigrantInnen, sondern für uns alle.

Die Grenzen werden lediglich für die Polizei immer offener.

EU-Repressionspolitik widerspricht unseren Vorstellungen einer offenen Schweiz in einem offenen Europa. Schengen/Dublin ist kein „Öffnungsprojekt“! Der Beitritt bringt die Schweiz keinen Schritt näher zur EU. Mit Schengen/Dublin hat die Schweiz ihr Steuerhinterziehungsgeheimnis und den Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS) gesichert. Finanzjongleure freuen sich. Offener werden die Grenzen lediglich für die Polizei.

Verbrechensbekämpfung – ein Verkaufstrick!

Wichtigstes Abschottungs-

instrument im Schengener Raum ist das SIS. Die Daten von über zwei Millionen Personen sind im SIS gespeichert. Nur 1,6% dieser Personen werden mit Haftbefehl gesucht. Die übrigen sind Nicht-EU-BürgerInnen, v.a. abgewiesene Asylsuchende, die keiner Straftat verdächtigt werden, sondern die zur Zurückweisung ausgeschrieben sind.

Dennoch wird das SIS als Mittel der Verbrechensbekämpfung angepriesen. Der Verkaufstrick verfängt. Die Debatten über die sogenannte „Ausländerkriminalität“ haben das Terrain vorbereitet.

Nein zu Schleierfahndung, zu diskriminierenden Kontrollen, zur Ausweisungspflicht

Durch Rückübernahmeabkommen und Polizeiverträge hat sich die Schweiz sukzessive an das repressive Europa angenähert. Für den vollen Schengen-Beitritt ist die Aufhebung der Personenkontrollen an der Grenze vorgesehen. Wer diesen Schritt als „Öffnung“ feiert, ist realitätsfremd. Mit dem Abbau der Personenkontrollen kommt die Schleierfahndung.

Grenzwacht und Polizei würden überall fahnden und alle kontrollieren (mobile Kontrollen im Hinterland). Diskriminierende Kontrollen vor allem gegen Schwarze sind heute schon gang und

gäbe. Legal oder illegaler Aufenthalt lässt sich jedoch nicht an der Hautfarbe ablesen. Mit Schengen würde diese Praxis verschärft und auf uns alle ausgeweitet.

Nein zur Abschaffung des Asylrechts

Ohne Fingerabdruck kein Asylantrag! Das Dubliner Erstasylabkommen bekämpft das „Asylshopping.“ Mit dem Beitritt zum Dubliner Abkommen könnte die Schweiz beim EU-Fingerabdruckregister Eurodac mitmachen. Sollte die asylsuchende Person registriert sein, so kann diese sofort an den Staat zurückgeschoben werden, über den die Person in die EU gekommen ist. Für die offizielle Schweiz eine willkommene Regel. Künftig wäre bei Flüchtlingen nur noch der Reiseweg relevant. Verfolgung, Folter, Gefährdung von Leib und Leben würde nur noch am Rande interessieren. Das Asylrecht würde faktisch abgeschafft.

Unsere Alternative zum Schengen/Dublin-Beitritt lautet: Europa von links unten stärken.

Unser Öffnungsprojekt ist die Vernetzung von Menschenrechtsbewegungen über die nationalen Grenzen hinweg.

**Grossrätin Grünes Bündnis/BastA! Basel*

Taktische Argumente – hinterfragt

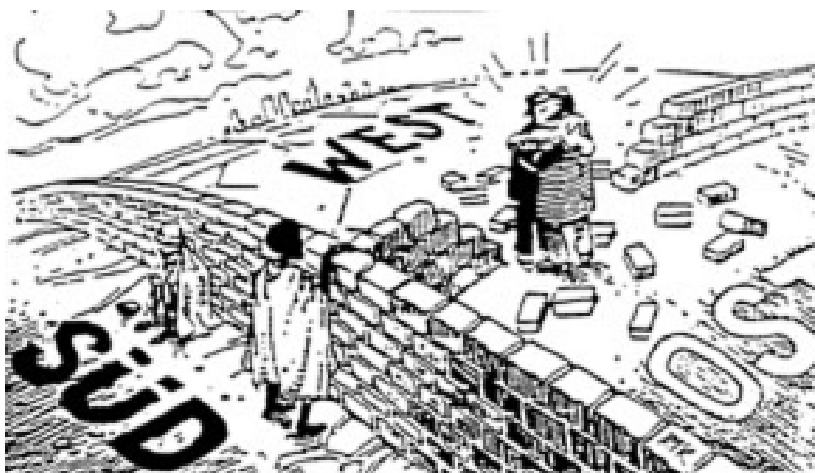
von Martin Flückiger

In der inhaltlichen Beurteilung der Abkommen von Schengen/Dublin sind sich BefürworterInnen und GegnerInnen eines Beitritts im rot-grünen Lager weitgehend einig: Schengen/Dublin stehen für eine repressive Asyl- und Migrationspolitik. In der aktuellen Auseinandersetzung stehen denn auch vor allem taktische Überlegungen im Vordergrund. Die BefürworterInnen eines Beitritts führen hauptsächlich 4 Argumente ins Feld:

„Schengen/Dublin gehört zur EU. Wer der EU beitreten will, muss folglich auch diese Kröte schlucken.“

Dem möchte ich folgende Fragen entgegenhalten: Wenn die Schweiz bereits Mitglied der EU wäre, gehörten wir dann nicht zu den schärfsten Kritikern der Abschottungspolitik, die mit Schengen/Dublin vorangetrieben wird? Müssen wir den beiden Abkommen zustimmen, nur weil wir noch nicht Mitglied der EU sind? Eine Ablehnung der beiden Abkommen wäre ein deutliches Signal, dass die Festung Europa nicht das

gemeinsame Haus Europa ist, das wir gerne mitgestalten würden. Und dass wir NEIN zum negativen bilateralen Rosinenpicken sagen, das ja ursprünglich von der SVP angeregt wurde!



„Mit einem Beitritt zu Schengen/Dublin kann noch Schlimmeres aus dem Departement Blocher verhindert werden.“

Blocher denkt bereits laut über die Aufhebung der individuellen Prüfung der Asylgesuche nach – ein Recht, das in den Abkommen von Schengen/Dublin verbrieft ist. Doch kann man den Teufel mit dem Belzebub austreiben? Blocher zu stoppen ist nicht Sache der EU, sondern unsere Aufgabe hier in der Schweiz. Zudem stimmt es nicht, dass die EU-Mindeststandards im Asylbereich ein Teil des Dubliner Abkommens sind. Wenn die Schweiz „Dublin“ beitrifft, übernehmen wir nur den repressiven Teil, und bleiben bei den Mindeststandards aussen vor.

„Als „Dublin-Insel“ wird die Schweiz von Asylsuchenden überschwemmt, was innenpolitisch weitere Verschärfungen der Asylgesetzgebung zur Folge hätte.“

Fakt ist: Schon lange nicht mehr hatten wir so wenige Asylgesuche wie gerade jetzt. Das hindert jedoch SVP und Blocher nicht, eine Verschärfung nach der andern zu fordern. Ein direkter

Zusammenhang mit der Zahl der Asylsuchenden ist nicht auszumachen, das Thema ist zu sehr ideologisch besetzt.

„Die Schweiz hat wichtige Bestimmungen der beiden Abkommen ohnehin in vorseilendem Gehorsam bereits eingeführt.“

Das stimmt leider. Aber die Verschärfungen des Asyl- und Ausländergesetzes wurden von den Bürgerlichen gegen unseren erbitterten Widerstand durchgeboxt. Wie können wir weiterhin glaubwürdig für eine offene und solidarische Schweiz eintreten, wenn wir gleichzeitig zwei Abkommen befürworten, die so ziemlich für das Gegenteil von dem stehen, was wir anstreben?

Nicht mehr Offenheit sondern mehr Kontrolle ist der Zweck von Schengen Offene Grenzen – aber nur für Ausgewählte

von Daniele Jenni

Das Schengen-Abkommen liegt auf der Linie jener Bestrebungen, die gemeinhin als „Kontrollstaat“ bezeichnet werden. Im Zug der Globalisierung, der privaten Aneignung aller Ressourcen und Aktivitäten, die Gegenstand einträglicher Investitionen werden könnten, nimmt die Unsicherheit der Arbeitsplätze, der sozialen Absicherung, aller überschaubaren Lebensgestaltung allgemein, laufend zu. Der daraus entstehende potentielle wie reale Widerstand muss einerseits auf Ersatzobjekte abgelenkt, andererseits möglichst von vorneherein verunmöglicht und entmutigt werden. In der Linie dieser Bestrebungen liegt das Schengener Abkommen. Es ermöglicht nur scheinbar freie Zirkulation innerhalb des europäischen Raums dank Wegfall der Grenzkontrollen – diese können bei „Grossveranstaltungen“ wieder eingeführt werden und dienen bei solchen Gelegenheiten regelmässig dazu, die gesamteuropäische Ausübung beispielsweise der Demonstrationsfreiheit illusorisch zu machen. Das Gegenstück zur scheinbar freien Zirkulation, die verdachtsfreie Kontrolle im grosszügig definierten grenznahen Raum, Vorstufe der bald raumdeckenden europaweiten verdachtsfreien Schleierfahndung, erlaubt ohne jede einschränkende Voraussetzung Kontrollen be-

liebiger Bevölkerungsgruppen – eine Möglichkeit, die sachlogisch zu Diskriminierung, Einschüchterung und Willkür führen muss. Grundlage und Registrierungsmedium dieser geballten Überwachungsvorgänge ist dabei das SIS, das Schengener Informationssystem. Dieses sammelt neben Daten über Personen und Gegenstände aller Art namentlich die Ergebnisse verdeckter Überwachung politischer Tätigkeiten, die auf Veranlassung der für die Staatssicherheit zuständigen Stellen dann vorgenommen werden dürfen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Informationen zur Abwehr einer erheblichen Gefährdung oder Gefahr für die innere oder äussere Sicherheit des Staates notwendig sind. Damit werden nicht etwa strafbare Handlungen, sondern politischer Dissens aller Art erfasst – eben gerade auch der grundrechtsgewährleistete Widerstand gegen die oben angeführten wirtschaftlichen und politischen Tendenzen. Grundrechtsgarantien verschwinden hier im uferlosen, nicht definierten Bereich politischer Opportunität herrschender Interessen. Unter geht gleichermassen der Datenschutz. Bei der Ausschreibung zur verdeckten Registrierung etwa und „wenn dies zur Durchführung einer rechtmässigen Aufgabe unerlässlich ist“, unterbleibt das Recht auf Auskunftsertei-

lung. Die Behauptung, durch den Schengen-Beitritt handle sich die Schweiz einen besseren Datenschutz ein, ist Legende. Sämtliche Voraussetzungen, die dies bewirken könnten, gewährt das Schengen-System nicht. Vom SIS erfasst werden auch Informationen, die von Interesse sind, künftige Verbrechen oder Bedrohungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verhindern. Hier wird die Erfassung grenzenlos, die Unschuldvermutung wird auf den Kopf gestellt. Schengen ist die europäische Form des Polizei- und Überwachungsstaates – ein Preis, der für die Annäherung an die EU nicht entrichtet werden muss und der nur unter Verlust der politischen Glaubwürdigkeit bezahlt werden kann.

Die AutorInnen

Balthasar Glättli ist politischer Sekretär von Solidarité sans frontières und Ko-Präsident der Grünen Zürich * Geri Müller ist Nationalrat der Grünen Aargau und stimmte als einziges Fraktionsmitglied gegen Schengen/Dublin * Margrith von Felten war Grüne Nationalrätin und ist heute grüne Grossrätin in Basel * Martin Flückiger ist politischer Sekretär der BastA! * Daniele Jenni ist Anwalt und Stadtrat der Grünen Partei Bern.

Mehr Informationen

www.sosf.ch